

Eine zweite Strassenröhre durch den Gotthard? Nein

Vortrag für Alpenschutzinitiative

Der Gotthard Strassentunnel wurde 1980 eröffnet. Die Eröffnungsfeier gab Anlass zu allerlei Erwartungen und Prophezeiungen. Unvergesslich die Äusserung des damaligen CVP Bundesrates Hans Hürlimann, dass der Tunnel «nie zu einem Korridor für den Schwerverkehr werde». Welch ein Irrtum!

Im ersten Betriebsjahr zählte man zwar erst 171000 Lastwagen, zehn Jahre später waren es bereits rund 600000, und heutzutage dürfte sich die Anzahl Fahrten der schweren Vehikel um die eine Million herum bewegen. Gegen diese zunehmende Lastwagenflut richtete sich denn auch die Alpeninitiative, der 1994 Volk und Stände überraschend zustimmten. 10 Jahre später wollten Unverbesserliche mit der «Avanti-Initiative» das Rad herumdrehen. Sie forderten den Ausbau auf vier Spuren. Deutliche Abfuhr: Das Volk sagte mit 63 zu 37 Prozent erneut ja zum Schutz der Natur. Doch nun, wieder ungefähr zehn Jahre später, wittern gleiche Kreise eine neue Chance. Der bestehende Tunnel kommt langsam in die Jahre, eine Totalsanierung sei unumgänglich, wird argumentiert. Das entsprechende

Projekt

liegt auf dem Tisch und wird seit längerer Zeit diskutiert. Die Planer sehen unter anderem eine Erhöhung des Tunnels auf 4, 8 Meter vor (was ziemlich umstritten ist) und einen vollständigen Umbau des Strassenbelags (was man nachvollziehen kann). Pièce de résistance bildet die zweite Röhre, mit der die mehrjährige Strassensperre während der Sanierungsarbeiten überbrückt werden soll. Das ganze Werk wird 2,9 Milliarden Franken kosten, 750 Millionen beträgt der Anteil der Sanierung. National- und Ständerat haben der notwendigen Gesetzesänderung zugestimmt, dagegen ist das Referendum zustande gekommen. So steht uns nun die vierte Abstimmung innerhalb von etwas mehr als 20 Jahren zum Gotthardverkehr bevor, die erste war 1992 diejenige zur NEAT, der Neuen Alpen-Transversale. Werfen wir noch den Blick auf den vorgesehenen Zeitplan: 2020 wird mit dem Bau der 2. Röhre begonnen. Sie wird sieben Jahre später dem Verkehr übergeben. Für die Sanierungsarbeiten rechnet man mit einem Arbeitsaufwand von 8 Jahren Dauer, so dass im Jahr 2035 die Feier für die Vollendung des gesamten Werkes vorstatten gehen kann. Und dann? Dann haben wir zwischen Göschenen und Airolo eine hübsche vierspurige Autobahn, die jedoch – sozusagen als Weltunikum – auf zwei Spuren reduziert wird. Zwei für den Verkehr, und zwei gelten als Pannestreifen. Man bedenke: Über eine Milliarde Franken für zwei Pannestreifen! Natürlich glaubt heute niemand

daran, dass das langfristig so bleiben wird. Aber aus abstimmungstaktischen Gründen muss das so vertreten werden, denn die Bestimmungen der Alpeninitiative stehen der Ehrlichkeit im Weg. Sie verbieten nämlich die Kapazitätserweiterung des Schwerverkehrs auf dieser Strecke, und sie verlangen, dass nach Eröffnung der NEAT die Zahl der Lastwagenfahrten durch den Autotunnel auf 650'000 pro Jahr reduziert wird.

Eine Bundesrätin und die NEAT

Wieder steht ein CVP Bundesratsmitglied im Fokus, dieses Mal handelt es sich um Doris Leuthard. Sie setzt sich mit innerer Überzeugung für das Vorhaben ein. Doch ihren Beteuerungen, dass der Verkehr nach 2035 auf zwei Spuren rollen wird, mag, es sei wiederholt, kaum jemand Glauben schenken. Nach einigen kilometerlangen Oster-, Pfingsten- und Sommerferienstaus mit ewigen Wartezeiten für Personen- und Lastwagenpiloten, wird der Druck Richtung Freigabe der Pannestreifen einsetzen. Und vielleicht wird man auch in 20 Jahren die gleichen Töne hören wie heute: Man sei nicht gegen die Alpeninitiative, aber die Sicherheit – ja, dann der Tessin, und natürlich der Tourismus, die Wirtschaft Zur Alpeninitiative: Das eigentliche Anliegen heisst grösstmögliche Verlagerung des Lastwagenverkehrs auf die Schiene, zum Schutz der Natur und der Talbewohner vor Lärm und Gestank. Die bereits beschlossene NEAT war seinerzeit ein zentraler Ausgangspunkt zu dieser Vision. Der Gotthard – Basistunnel, längster Eisenbahntunnel der Welt, kostet 24 Milliarden Franken, eine gewaltige Summe. Solche Ausgaben lohnen sich nicht, wenn sie lediglich einer um eine Stunde verkürzten Fahrzeit zwischen Zürich und Mailand dienen. Ebenso wichtig ist das Erreichen des Umlagerungsziels, von dem man heute noch weit entfernt ist. Die Sanierungszeit kann den Tatbeweis erbringen: Statt zweite Röhre zwei rollende Strassen, Lastwagen durch die NEAT, Personenwagen durch den alten Tunnel. Dass das möglich wäre, bestätigen ausgerechnet Studien des Bundesamtes für Verkehr, dem Doris Leuthard vorsteht, und Fachleute der BLS bestätigen kraft ihrer Erfahrung mit dem Autoverlad am Lötschberg, dass stündlich je 600 Fahrzeuge befördert werden können.

Es muss uns allen bewusst sein: Wer der zweiten Röhre zustimmt, nimmt in Kauf, dass schon bald nach der Eröffnung eine neue Lastwagenflut auf die Bergwelt zukommen wird. Welche Verhältnisse in 20 Jahren herrschen werden, wissen wir natürlich nicht, aber die Weiche müssen wir jetzt richtig stellen, mit einem Nein.

Martin Jäggi





His Master's Noise

In unserer so komplex gewordenen Welt gibt es zum Glück noch Themen, die versteht das kleinste Kind. Der Sport ist eines davon, die Schule das andere. So haben die SCL Tigers geschätzte 10'000 Coaches. Und darum wissen acht Millionen Schweizer Lehrer, wie man Schule gibt.

Nun ist aber selbst die Sache mit der Schule komplizierter geworden. Heute reicht es nicht mehr, dass du Lehrer bist, du musst dazu noch effizient sein. In der Schule ist es also wie im richtigen Leben.

Schule kann jeder

Man verlangt von dir maximalen Output bei minimalen Kosten. Mir kommt da gleich die Hannelore in den Sinn. Obwohl die gar nicht Lehrerin ist, sondern Küchenchefin im Regionalspital. Damals, als mit Europa noch Freizügigkeit galt, ward sie als Wirtschaftsflüchtling aus Weimar hereingeschleust. Sie kriegte den Posten, weil ihre Thüringer Klösse wie heimischer Kartoffelpüree schmecken, nur besser. Woche für Woche füttert sie seither 700 Patienten durch. 100 sind es jeden Tag, genau so viele wie Betten im Haus. 100 neue, wohl-gemerkt, denn die Leute werden immer schneller gesund. Lungerten die Kranken früher wochenlang im benachbarten Entenpark herum, um die kleinen Kinder mit Krücken oder Zigarettenqualm zu verschrecken, so werden sie heute vor Anbruch der Dunkelheit für gesund erklärt und fristlos entlassen. Effizient ist das allemal, zumindest aus Hannelores Sicht, denn ihre Klösse hat jeder gern. Und oben in der Pflege sorgt Lores beste Freundin für Effizienz. Die Bärbel aus Buxtehude, das ist nämlich die Oberschwester im Haus. Sie schaut, dass am Morgen dein Bett bezogen ist. Dass um neun der Anästhesist kommt. Um zehn das Skalpell. Victorinox, Schweizer Edelschnitt. Um elf das Schmerzmittel, der letzte Schrei. Nicht ganz billig, aber wirksam. Um zwölf der Napf mit den Klössen, die du nicht riechen kannst. Um dreizehn der Nasenchirurg, der sich entschuldigt. Um vierzehn Professor Mücke, der Mann für die Qualität. Du füllst den Feedback-Bogen aus und schluckst die nächste Tablette. Um fünfzehn die Krankenschwester mit dem Tagesprotokoll. Um sechzehn die Bärbel, die den Fackel unterschreibt. Um siebzehn der Mann von der Versicherung. Er wird den Prozess gegen deinen Anwalt führen. Und um achzehn kommen die Krücken. Die brauchst du jetzt nämlich, du Schlaffi. Ich weiss, Hannelore. Ich wollte von der Schule schreiben. Wo liegt denn da der Unterschied?

Andreas Aebi

Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe»

Es drohen hohe Steuerausfälle

Sie wiederholen sich, die bürgerlichen Steuersenkungsbegehren. Nun ist die CVP an der Reihe mit dem schön klingenden Begehren «Heiratsstrafe abschaffen». Sicher ist dabei nur eines: Bund und Kantone würden bei einer Annahme hohe Steuerausfälle hinnehmen müssen.

Die Initiative will in der Verfassung verankern, dass Ehepaare steuerlich eine Wirtschaftsgemeinschaft bilden und nicht benachteiligt werden, namentlich nicht bei den Steuern und Sozialversicherungen. Die Ehe soll definiert werden als die auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau. Diese enge Umschreibung der Ehe (Ausschluss von gleichge-

schlechtlichen Paaren) war im Parlament einer der Gründe für die Ablehnung des Volksbegehrens. Zudem wird mit der Initiative die Individualbesteuerung verunmöglicht, was ebenfalls für Nein-Stimmen sorgte. Was in der Debatte bisher in den Hintergrund gerückt ist, sind die Steuerausfälle. Für die Umsetzung der Initiative stünden nämlich zwei Modelle im Vordergrund: das Splitting und die alternative Steuerberechnung.

Beim Splitting entstehen dem Bund jährlich Mindereinnahmen zwischen 1,2 und 2,3 Milliarden Franken. Bei der alternativen Steuerberechnung sind es 1,2 Milliarden Franken. Weil die Kantone mit 17 Prozent (und nach der Unternehmenssteuerreform III mit

20,5 oder 21,2 Prozent) an den Einnahmen partizipieren, entfielen rund 1/5 der Ausfälle auf sie.

Wo kommt Heiratsstrafe vor?

Aufgrund eines Bundesgerichts-urteils aus dem Jahre 1984 haben Bund und Kantone ihre Steuergesetze angepasst. Bei der Bundessteuer sind heute noch 80'000 (sehr gut verdienende) Paare betroffen, bei den Kantonen gibt es noch Fälle im Aargau, in der Waadt und im Wallis. Es gelten zwei Grundregeln: Je weniger ein Paar verdient, desto eher lohnt sich eine Heirat – dank Abzügen und einem günstigeren Verheiratetentarif. Und je unterschiedlicher die Einkommen beider Partner, desto besser fahren sie mit der Ehe. Über alle Fälle hinweg kommen Ehepaare schon heute meist besser weg als Konkubinatspaare. Statt von Heiratsstrafe müsste deshalb eher die Rede von Konkubinatsstrafe sein.

Bernhard Antener

Nein zur Durchsetzungsinitiative

Das Schweigen brechen

Schon die Anti-Minarett-Initiative und die Ausschaffungs-Initiative waren hart an der Grenze des Erträglichen. Mit der Durchsetzungsinitiative (DSI) und der infamen Propaganda dazu, haut die SVP dem Fass nun endgültig den Boden aus.

Nach den Bundesratswahlen hat die SVP zu Recht einen zweiten Bundesratssitz verlangt und diesen auch erhalten. Die Art und Weise jedoch, wie die SVP dem Parlament vor den Wahlen drohte, widerspiegelt ihr Demokratieverständnis: sie hat keines! Das Gefasel vom Volk als oberster Instanz nimmt immer mehr diktatorische Züge an. Das Völkerrecht soll auf dem Altar der Fremdenfeindlichkeit geopfert werden. Dass man sich dabei unverschämter Lügen bedient, scheint – mindestens der Parteispitze – egal zu sein. In der Hetzschrift, die Anfang Jahr in sämtliche Haushalte verschickt wurde, fanden sich Falschaussagen und falsche Statistiken. Noch dicker trug der Zürcher Neo-Nationalrat Hans-Ueli Vogt in der «Schweiz am Sonntag» auf: «Secondos gehören zwar nicht zur Gemeinschaft der Schweizer Bür-

ger, aber sie gehören zu unserer Rechts- und Sozialgemeinschaft. Aus dieser Gemeinschaft können und sollen wir Menschen nicht ausschliessen. Wer hier geboren ist, soll auch nach einer Annahme der DSI in der Schweiz bleiben dürfen.» Im Initiativtext steht etwas ganz anderes, und Herr Vogt weiss dies nur zu gut. Der Rechtsprofessor ist niemals so doof, dass er auch glaubt, was er gesagt hat. Offensichtlich hat man in der SVP-Führungsetage kalte Füsse gekriegt, und um die Abstimmung nicht zu verlieren, hat man Vogt zu dieser Lüge gedrängt.

Völkerrecht und Menschenrechte sind nicht verhandelbar

Was SVP-Vordenker Christoph Blocher in seiner jüngsten Albisgüetli-Rede vom Stapel gelassen hat, spottet endgültig jeglicher Beschreibung: Im Zusammenhang mit der DSI plädiert er für die Absolutheit des Volkswillens, der Nationalität und der Souveränität. Damit würde jedoch die Gewaltenteilung aufgehoben. Und Blocher «vergisst», dass der Volkswille seine Grenze am Recht der andern Völker hat. Der Ausbau des Völkerrechts auf Basis

der Menschenrechte ist eine der grössten Errungenschaften seit dem Zweiten Weltkrieg. Mit der Charta vom 26. Juni 1945 wollte die internationale Staatengemeinschaft nach den Gräueltaten der Nazis ein für allemal sicherstellen, dass so etwas nie mehr passieren kann. Ist es bloss Zufall, dass ausgerechnet jene Partei, in der es immer wieder braune Tendenzen gibt, die Bundesverfassung über das Völkerrecht stellen will? In der Logik der SVP ist die Schweiz intelligenter als alle anderen Länder und braucht sich deshalb von niemandem etwas sagen zu lassen. Es ist höchste Zeit das Schweigen zu brechen und die politische Rechte in unserem Land mit einem deutlichen Nein zur DSI zur Vernunft zu bringen! Selbst namhafte SVP-Magistraten wie der Berner Justizdirektor Christoph Neuhaus stellen sich klar gegen die DSI. Und auch BDP-Präsident Martin Landolt, Präsident der BDP Schweiz, redet Klartext: «Die DSI rüttelt an den Grundfesten der Gewaltentrennung (...). Es geht bei dieser Frage eigentlich gar nicht mehr um die Ausschaffung krimineller Ausländer, sondern (...) um die Frage, ob das Schweizer Stimmvolk bewusst gegen seine eigenen Grundrechte sowie gegen die Menschenrechte verstossen will.»

Niklaus Müller

Christoph Amman und Roberto Bernasconi

Rot-grüne Mehrheit verteidigen

Durch die Doppelvakanz von Andreas Rickenbacher und Philippe Perrenoud besteht die grosse Gefahr, dass es nach 10 Jahren erfolgreicher rot-grüner Regierungspolitik zu einer bürgerlicher Mehrheit im bernischen Regierungsrat kommt. Die beiden SP-Kandidaten Christoph Ammann und Roberto Bernasconi verfügen beide über einen breitgefächerten Leistungsausweis.

Sie waren in kommunalen Führungspositionen aktiv, kennen den Politbetrieb auf kantonaler Ebene durch ihre Grossratsmandate und zeichnen sich auch sonst durch zahlreiche Engagements in verschiedensten Themenbereichen aus. Es kann keine Rede davon sein, dass für die SP nur die zweite Garde oder gar «Hinterbänkler» antreten würden.



Christoph Ammann

geb. 1969, verheiratet, zwei Kinder, wohnt in Meiringen
Sprachen: Deutsch, Englisch, Französisch, Grundkenntnisse in Italienisch, Russisch und Griechisch
Rektor des Gymnasiums Interlaken (seit Aug. 2011), Gymnasiallehrer für Deutsch und Latein (seit Aug. 1993)
Grossrat (seit 2006), Gemeindepräsident von Meiringen (1999-2005), Präsident Regionalplanung Oberland Ost (2004-2008), Mitglied der SP Meiringen-Oberhasli (seit 1993)
Verwaltungsratspräsident Raiffeisenbank Region Haslital-Brienz (seit 2012), Stiftungsrat Dr. Gustav E. Kruck-Stiftung (seit 2012), Präsident Procap Bern (seit 2008), Stiftungsmitglied Pro Patria Schweiz (seit 2008), Verband Musikfestwoche Meiringen (seit 2007), Mitglied Bernischer Staatspersonalverband (seit 2006)

Generell: Ohne rot-grüne Mehrheit droht ein Kahlschlag, etwa in der Bildung, im Gesundheitswesen und beim Personal. Persönlich: Nach zehn Jahren im Parlament ist der Reiz für diese Herausforderung gross.

Bildung; Sozialpolitik, insbesondere Menschen mit Behinderungen; Wirtschaftspolitik.

- Mein Engagement bei der ASP-Sparübung gegen drastische Kürzungen bei Behinderteninstitutionen und bei der Spitez.
- Die Überweisung meiner Motion zur Förderung von Gemeindefusionen.
- Viele kleine Erfolge in der Kommissionsarbeit bei der Suche nach vernünftigen Kompromissen.

Fortschrittliche Energiepolitik weiterführen, nachhaltige Raumentwicklung fördern, Bildung stärken, soziale Stabilität sichern, Hauptstadregion positionieren.

Auf meine politische Erfahrung als Gemeindepräsident und im kantonalen Parlament; auf meine berufliche Führungserfahrung; auf den Leistungsausweis der rot-grünen Regierung in den letzten 10 Jahren.

Roberto Bernasconi

geb. 1964, verheiratet, zwei Kinder, wohnt in Malleray
Sprachen: Französisch, Italienisch, Deutsch, Grundkenntnisse in Englisch
Schulleiter der Grundschule Valbirse (seit Aug. 2015), Praxislehrer am Staatlichen Seminar Biel, dann SUB an der Pädagogischen Hochschule Biel (1996-2012), Lehrer an der Grundschule Malleray (seit 1989)
Grossrat (seit 2009), Gemeindepräsident von Malleray (2010-2014), Vizepräsident der SP Kanton Bern (seit 2013), Mitglied der Finanzkommission des Grossen Rates (seit 2014)
Mitglied Aufsichtsrat Ausgleichskasse des Kt. Bern und der IV-Stelle Bern (seit 2014), Präsident der Arbeitsverwaltung SSEVT (2005-2012), Vorstandsmitglied des Heims La Colline (2005-2012), Mitglied der Lehrgewerkschaft Jura Bernois (seit 1989)

Nach zwölf Jahren im Gemeinderat von Malleray, davon vier als Gemeindepräsident, sowie sechs Jahren im Grossen Rat möchte ich als neue Herausforderung den Jurasitz im Regierungsrat übernehmen.

Als Mitglied der Finanzkommission natürlich Finanzen; Sozialpolitik, insbesondere die Sozialdienste; Asylpolitik.

- In Malleray war ich verantwortlich für den Neubau einer Schule und einer ökologischen Siedlung sowie für die Gemeindefusion.
- Die Überweisung meiner Motion, dank der man auch nach einer Gemeindefusion seinen Heimatort behält.
- Die Überweisung meiner Motion zur Gleichbehandlung bei der Besteuerung tiefer Renteneinkommen.

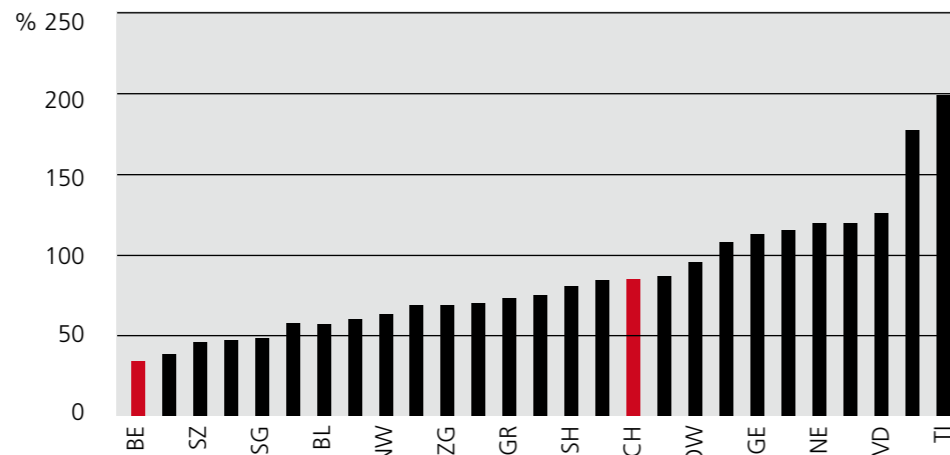
Ich möchte für eine gute Sozialpolitik und eine gerechte Verteilung des Reichtums kämpfen. Weiter sind mir die Bildung, die Sicherheit und der öffentliche Verkehr wichtige Anliegen.

Aus dem Berner Jura bin ich es gewohnt, mit den Menschen an der Basis Wahlkampf zu machen und für meine Werte einzustehen. Genau das möchte ich auch in diesem Wahlkampf machen.

2x Nein zum Abbau der Prämienverbilligungen

Steigende Kosten für die Krankenkassen und gleichzeitig weniger Prämienverbilligungen. Ein breit abgestütztes Komitee kämpft für ein 2 x Nein zum schamlosen Abbau. Die Streichung des Sozialziels betrifft vor allem Familien und Mittelstand. Mit einem doppelten Nein am 28. Februar können wir sicherstellen, dass die gesetzlichen Grundlagen wieder korrigiert werden.

Das geltende Gesetz legt fest, dass zwischen 25 und 45 Prozent der Bevölkerung des Kantons Bern eine staatlich finanzierte Prämienverbilligung erhalten sollen. Kernpunkt der Gesetzesrevision ist die Frage, ob diese Vorgabe erhalten bleiben soll. Der Grosse Rat hat beschlossen, die Vorgabe aus dem Gesetz zu streichen (Hauptvorlage). In einer Variante (Eventualantrag) schlägt der Grosse Rat vor, die Vorgabe im Gesetz beizubehalten. Das ursprüngliche Ziel, die maximale Prämienbelastung auf 6 bis 8 Prozent des verfügbaren Einkommens zu begrenzen, wird schon lange nicht mehr eingehalten. Im Kanton Bern – wo die Prämienbelastung besonders hoch ist – fließen durchschnittlich 13 Prozent des Einkommens in die Krankenkassenprämien. Die obligatorische Krankenversicherung wurde in den 1990er Jahren eingeführt. Das Krankenversicherungsgesetz sieht für die Finanzierung Kopfprämien vor: Die Prämien sind für alle gleich – die Millionärin und die Verkäuferin oder der Bauarbeiter zahlen gleich hohe Prämien. Für Menschen mit bescheidenen Einkommen sind darum Prämienverbilligungen eingeführt worden. Obwohl bei den Krankenkassenprämien für viele Haushalte die Schmerzschwelle schon lange erreicht ist, haben sich Regierungs- und Grossrat im Rahmen ihrer Sparpolitik von der bewährten Praxis der Prämienverbilligung verabschiedet. Sie lassen damit einen erheblichen Teil der Bevölkerung prämiemässig im Regen stehen. Denn wie wir alle wissen – die Prämien selber wurden im Gegenzug nicht gesenkt.



Der Kanton Bern liegt bei den Krankenkassen-Prämienverbilligungen im gesamtschweizerischen Vergleich auf dem letzten Platz.: Kantonsbeiträge in Prozent des Bundesbeitrags an die Prämienverbilligungen in den Kantonen, 2013

Wieso 2x NEIN gegen den Abbau bei den Prämienverbilligungen?

- Es wurde zu viel gespart bei den individuellen Prämienverbilligungen: Nachdem der Grosse Rat die Prämienverbilligungen schon im Jahr 2012 um 20 Mio. Franken (130'000 Betroffene) reduziert hatte, wurde im Jahr 2013 im Rahmen der Spardebatte ein weiterer Abbau von 24 Mio. ab dem Jahr 2014 und von total 35 Mio. Franken ab dem Jahr 2015 beschlossen. Effektiv abgebaut wurden schliesslich aber sogar 52 Mio. Franken. In der Folge verloren gegen 50'000 Personen ihre Prämienverbilligungen ganz oder teilweise. Dieser massive Abbau ist nicht akzeptabel.
- Der Abbau bei den Prämienverbilligungen trifft in erster Linie Personen des unteren Mittelstands und Familien (Abschaffung der Familienkategorie). Damit droht, dass wirtschaftlich eigenständige Menschen in die Sozialhilfe gedrängt werden.

- Nur in einem einzigen Schweizer Kanton (Waadt) ist die Belastung durch die Krankenkassenprämien höher als im Kanton Bern. Umso wichtiger ist der Erhalt der bewährten, fairen Prämienverbilligungen.
- Um die Prämienlast für die Krankenkasse erträglich zu halten, sah das Gesetz bisher im Sinne eines Sozialziels vor, dass mindestens das einkommensschwächste Viertel der Bevölkerung eine Prämienverbilligung erhalten muss. Weil der Grosse Rat dieses Sozialziel gestrichen hat, könnten künftig sowohl die Zahl als auch die Höhe der Prämienverbilligungen beliebig reduziert werden. Gegen diesen Freipass zulasten der Berner Bevölkerung wehren wir uns.

Um diesen schamlosen Abbau rückgängig zu machen, hat das Komitee «Bewährte Prämienverbilligungen» im Juni 2015 das Referendum gegen die Streichung des Sozialziels und im November 2015 die Initiative «Ja zu den bewährten Prämienverbilligungen – Für Familien und Mittelstand» eingereicht. Mit einem doppelten Nein bei der Referendumsabstimmung vom 28. Februar 2016 können wir eine weitere Reduktion der Bezüger/innen von Prämienverbilligungen verhindern und Regierungsrat und Grossen Rat dazu zwingen, die gesetzlichen Grundlagen für die Prämienverbilligungen wieder zu korrigieren.

Stefan Wüthrich
Gewerkschaft Unia

Herzlichen Dank für all die Spenden, die auf unser Postcheckkonto 30-27704-1 eingegangen sind. Sie ermutigen uns, auch weiterhin für ein klares, soziales Langnau einzustehen.
Ihre Links-Macher

ABSTIMMUNG VOM 28. FEBRUAR 2016

Abstimmungsparolen

Edgenössische Vorlagen

- Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» **NEIN**
- Volksinitiative «Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer» (Durchsetzungsiniziativa) **NEIN**
- Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!» **JA**
- Änderung des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet (Sanierung Gotthard-Strassentunnel) **NEIN**

Gemeinde: Keine Vorlagen

Kantonale Vorlagen

- Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung der Bundesgesetze über die Kranken-, die Unfall- und die Militärversicherung (Krankenkassen-Prämienverbilligung) **NEIN**
- Hauptvorlage **NEIN**
- Eventualantrag **NEIN**
- Ausführungskredit für den Neubau für die Rechtsmedizin und die klinische Forschung der Universität Bern an der Murtenstrasse 20-30 in Bern **JA**

Wohnungsnot an der Ilfis

Nach dem 1. Weltkrieg herrschte in unserem Land grosse Wohnungsnot. Das zwang die politischen Behörden zu einer aktiven Wohnpolitik, denn es galt, in Kürze den verarmten Bevölkerungsschichten preisgünstige neue Unterkünfte zu verschaffen. So förderte man in den Zentren mit Zustüpfen aus den Steuerkassen die Gründung von Baugenossenschaften. Im Kanton Bern galt die Stadt Biel als Vorreiterin, doch auch in Bern oder Burgdorf schlug man diesen Weg ein. Sogar in unserem Dorf wurde diese Idee aufgegriffen. Davon handeln dieser Beitrag und ein paar in der Anzahl noch nicht bestimmte Fortsetzungen. Wir berichten von Aufbruch und Hoffnungen, von der Geburt und dem späteren Scheitern einer Vision.

4. Juli 1919

Auf den Abend dieses Frühsommertages lädt die Langnauer Mietkommission zu einem Orientierungsabend in den Hirschen ein. Thema: Gründung einer Wohnbaugenossenschaft. Grund: Die Wohnungsnot in Langnau. Denn in der Gemeinde wohnen an die 20 Familien in notdürftigen Wohnungen, Behausungen, die in der warmen Jahreszeit knapp genügen, im Hinblick auf den nächsten Winter aber als

unzumutbar gelten. Zitat Emmenthaler Blatt: «Zu viele Menschen leben in Gelassen, in deren gesundheits- und sittenverderbenden Enge der grösste Feind unseres Volkes, die Tuberkulose, nur zu guten Nährboden findet» An diesem Anlass orientieren Notar Keller, Baumeister Zweiacher und Architekt Mühlemann, alle drei Mitglieder eines Aktionskomitees, über erste provisorische Pläne. Man beabsichtige, entsprechend der Vorbilder in Burgdorf und in Biel, einfache aber zweckmässige Einfamilien- und Reihenhäuser mit 3 bis 5 Zimmern, der Küche, einem Badezimmer und einem Garten zu bauen, Preislage in der Größenordnung von 23000 bis 26000 Franken. Für eine Mietwohnung sei daher mit einem Jahreszins von bis zu 1700 Franken rechnen. Das ist für minderbemittelte Familien ein zu hoher Preis, dessen ist man sich bewusst. Doch erwartet man, dass einige später die von Genossenschaftlern verlassenen Wohnungen beziehen können.

5. Juli

Im Emmenthaler Blatt erscheint ein Artikel von A.F., wonach nun Anteilscheine der zu gründenden Wohnbaugenossenschaft ge-

zeichnet werden können. Preis: 200 Franken. Man gewähre grosszügige Zahlungsbedingungen. Damit hofft man, dass auch weniger Begüterte sich an diesem Gemeinschaftswerk beteiligen werden. Dann wird auf die Möglichkeit hingewiesen, à fonds perdu-Beiträge zu sprechen. Der Verfasser, bei dem es sich um Alfred Flühmann handelt, schliesst mit einem Aufruf zu solidarischem Handeln unter dem Motto «Einer für alle, alle für einen».

29. Juli

Rund 40 Mitglieder der Arbeiterunion Langnau finden sich zu einer Versammlung im Hotel Bahnhof ein. Der oben erwähnte Alfred Flühmann orientiert im Traktandum 2 (Genossenschaftlicher Wohnungsbau) über das grosse Vorhaben und fordert die Anwesenden zur Zeichnung von Anteilscheinen auf. Führende Genossen wie der Lokomotivheizer Fritz Bernhard und der Konsummagaziner Emil Ryser äussern sich allerdings skeptisch. Doch Unionspräsident Flühmann leistet gemeinsam mit Malermeister Reusser und Drogist Holzer engagiert Überzeugungsarbeit, was dazu führt, dass sich sogar Zweifler dazu entschliessen, einen Betrag zu zeichnen.

Martin Jäggi

Pfifanter
Bernstrasse 6, 3550 Langnau
Tel./Fax 034 402 51 72
Mo-Fr 9-12/14-18.30 Sa 9-16

malerei
Hanspeter Haldemann
Obermatt 408 • 3550 Langnau
Tel. 034 402 51 23

FÜR GESUNDES LIEGEN + SITZEN
BETTENHAUS
Lehmann
ALLEESTRASSE 1 • 3550 LANGNAU • TEL. 034 402 19 39
WWW.BETTENHAUS-LEHMANN.CH
FREITAG OFFEN BIS 21.00 MONTAG GESCHLOSSEN
BETTEN **SCHRÄNKE**
VORHÄNGE **BODENBELÄGE**

Gewerkschaft und Arbeitslosenkasse in deiner Nähe
Unia Region Oberaargau-Emmental:
Mühlegässli 1, 3550 Langnau i.E.
T 034 402 78 41, langnau@unia.ch
Gemeinsam erreichen wir mehr.
www.unia.ch, www.alk.unia.ch

ETCETERA
Die soziale Arbeitsvermittlung
WIR SIND FÜR SIE DA!
Wir vermitteln Ihnen Hilfskräfte für Reinigung, Haushalt, Garten, Büro, Zügeln, Bau etc. und rechnen die Sozialleistungen ab.
Ein Anruf genügt!

-N-ä-h-a-t-e-l-i-e-r-
Barbara Egger - Dorfstrasse 4 - 3550 Langnau
Ich nähe Neues und ändere Altes:
Textilien für die Inneneinrichtung,
Damen- und Herrenkleider
Öffnungszeiten:
Dienstag-Freitag 9.30-11.30 und 14.00-17.00 Uhr
Telefon 034 402 31 09

The best things in life aren't things.
Art Buchwald
Abrakadabra Treuhand
RENATO GIACOMETTI
Treuhandler mit eidg. FA
Hühnerbach 221 3550 Langnau
Tel. 034 497 32 61
mail@abrakadabra-treuhand.ch

034 402 73 82
Preis auf Anfrage
www.etcetera.sah-be.ch
Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH
SAH BERN
Œuvre suisse d'entraide ouvrière OSE
Soccorso operaio svizzero SOS

links i.E.
Die Stimme der SP Langnau und der Gewerkschaften ertönt vierteljährlich und kann gratis abonniert werden.
links i.e., Postfach 569, 3550 Langnau

Kleiner Gemeinderat

Bernhard Antener
Fansrütistrasse 19
3550 Langnau
Tel. 034 402 22 68
bernhard@anteners.ch
Gemeindepräsident

Susanne Kölbl (parteilos)
Dorfberg 554
3550 Langnau
Tel. 034 402 73 00
susanne.koelbli@dorfberg.ch
Sozialwesen, Kinder und Jugend

Renate Strahm
Mooseggstrasse 8
3550 Langnau
034 402 52 91
renate.strahm@gmx.ch
Bildung

Grosser GemeinderatKommission/GremiumTelefonMail

Hansueli Albonico		034 402 48 76	
Agathe Aschwanden	GPK, Finanzkommission	034 402 74 02	agatha.aschwanden@hilotec.com
Regula Blatter	Soziale Dienste		regula.blatter@gmail.com
Renato Giacometti	Finanzkomm., Schulkomm.	034 402 32 61	r.giacometti@gmx.ch
Rachel Hasler		034 402 33 76	rachelhasler@bluewin.ch
Christian Oswald		079 703 93 83	christian.oswald@bkw.ch
Nazim Rexhepi	SP Vorstand	034 402 53 31	nazim.rexhepi@unia.ch
Silvia Röthlisberger	SP Fraktionsleitung, GPK	034 402 36 55	silvia.roethlisberger@buedis.ch
Ernst Rutschi		034 461 28 89	ernst.rutschi@zapp.ch
Adrian Schranz		034 402 22 29	adrian.schranz@gmx.ch
Stefanie Strahm			stefanie.strahm@gmx.ch

Parteivorstand

Ruth Antener	Kassierin, SeniorInnen	034 402 22 68	ruth@anteners.ch
Verena Gertsch		034 402 51 93	verena.gertsch@bluewin.ch
Nazim Rexhepi	Migration	034 402 53 31	nazim.rexhepi@unia.ch
Silvia Röthlisberger	Verbindung GGR	034 402 36 55	silvia.roethlisberger@buedis.ch
Tom Schilt	Mitgliederadministration	034 402 38 44	schilt.tom@gmail.com
Uta Wütherich	SeniorInnen	034 402 48 93	u.w.41@bluewin.ch
Stefan Wüthrich	Gewerkschaften	034 402 59 96	stefan.wuethrich@unia.ch

Gewerkschaften

Unia Oberaargau- Emmental	Mühlegässli 1	034 402 78 41	langnau@unia.ch
------------------------------	---------------	---------------	-----------------

Impressum**links i.E.**

Postfach 569, 3550 Langnau
Die Stimme der SP Langnau und
der Gewerkschaften ertönt
vierteljährlich.
Redaktion: Bernhard Antener,
Martin Jäggi, Stefan Wüthrich
Fotos: zvg
Layout/Gestaltung: PUBLIFORM
Hanspeter Buholzer
www.publiform.ch
Druck: Tanner Druck AG, Langnau

ANLÄSSE

Do 11. Feb.	18 Uhr: HV SP Langnau, Gasthof Bären
Do 11. Feb.	19.15 Uhr: Fondueessen der Oberemmentaler Sektionen mit den RR-Kandidaten Christoph Ammann und Roberto Bernasconi
Mo 15. Feb.	19 Uhr: Parteitag SP-Regionalverband Emmental
So 28. Feb.	Eidg. und kantonale Abstimmungen sowie Ersatz- wahlen für den Regierungsrat
Mi 2. März	19.15 Uhr: Parteitag SP Kanton Bern
Mo 14. März	19.30 Uhr: Sitzung SP-GGR-Fraktion
Do 17. März	19.30 Uhr: SP Vorstandssitzung
Mo 21. März	19.30 Uhr: GGR-Sitzung
So 1. Mai	1. Mai-Feier Burgdorf
Mo 23. Mai	19.30 Uhr: SP Vorstandssitzung
Di 31. Mai	19.15 Uhr: Vorstandssitzung SP Regionalverband Emmental

WIR GRATULIEREN

16. März *Fritz Antener-Hofer*

Dem Jubilar gratulieren wir ganz herzlich zum Geburtstag und wün-
schen ihm vor allem gute Gesundheit im neuen Lebensjahr.

Vorstand SP Langnau